



Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes- Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten e.V.

VVN-BdA • Franz-Mehring-Platz 1 • 10243 Berlin

An die
Initiatorinnen und Initiatoren
von Demonstrationen und
Kundgebungen gegen
Hartz-IV-Gesetze und Sozialabbau

Berlin, 26.08.2004

Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes-Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten protestiert gegen Teilnahme von Nazis an Demos gegen Hartz-Gesetze und Sozialabbau und fordert zur Gegenwehr auf

Liebe Freundinnen und Freunde,

die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes-Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA) unterstützt die Proteste gegen die Hartz-IV-Gesetze und den damit verbundenen gravierenden Sozialabbau mit allen zur Verfügung stehenden Kräften!

Wir protestieren allerdings schärfstens gegen die Teilnahme von Nazis aller Couleur an Kundgebungen und Demonstrationen gegen die Hartz-Gesetze und den grassierenden Sozialabbau.

Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen und deshalb haben alte und neue Nazis, in welcher Gestalt auch immer, auf demokratischen Veranstaltungen, Demonstrationen und Kundgebungen nichts zu suchen.

NPD, DVU und sogenannte freie Kameradschaften wollen aus dem legitimen Protest gegen eine unsoziale Politik Honig saugen für ihre Politik und Ideologie. Sie spielen sich als Anwalt der Arbeitslosen, der abhängig Beschäftigten auf, vertreten aber in Programmatik und Praxis in Wirklichkeit eine unsoziale und menschenverachtende Politik. So wollen sie die Einheitsgewerkschaft zerschlagen und die Tarifautonomie beseitigen, sie machen Menschen anderer Herkunft und Hautfarbe zu Sündenböcken aller Missstände in diesem Land, sie sind geistige und physische Täter und Mittäter der feigen Anschläge auf Ausländer, Obdachlose sowie politische Gegner und sie leugnen Naziverbrechen, streben ein neues Großdeutschland an und wollen damit neuen Unfrieden in Europa schaffen.

Im letzten Jahr waren über 10.000 neofaschistische Straftaten in Deutschland zu verzeichnen. Über 120 Menschen sind in den letzten Jahren von Neofaschisten getötet worden. In vielen Fällen wurde deutlich, dass Verfassungsschutz und Geheimdienste der BRD dem Terror der Nazis durch Duldung, manchmal sogar Initiierung, Vorschub leisteten. Justiz und Polizei erkämpften den Nazis

über Jahre hinweg Freiräume, indem deren Aktionen genehmigt und gegen Proteste geschützt wurden und werden. Die VVN-BdA bekämpft im Bündnis mit allen demokratischen Kräften alle faschistischen Aktionen und Bestrebungen und fordert im Zusammenhang mit den Montagsdemonstrationen: Nazis raus aus unseren Veranstaltungen!

Wir erinnern daran, dass unsere Verfassung bestimmt, dass „die zur Befreiung des deutschen Volkes erlassenen Rechtsvorschriften“ bestehen bleiben. Gemäß Artikel 139 unseres Grundgesetzes sind alle neofaschistischen Gruppen und Organisationen aufzulösen! Das ersetzt selbstverständlich nicht die politische Aufklärung auf allen Ebenen.

Die VVN-BdA bietet an, den Veranstaltungen von Kundgebungen und Demonstrationen zur Abwehr von Teilnahme von Faschisten mit Rat und Tat aus ihrem umfangreichen Fundus behilflich zu sein.

Kontakt kann über die örtlichen Adressen der VVN-BdA und über die E-Mail-Adresse Bundesbuero@vvn-bda.de aufgenommen werden.

An die Veranstalter von Demonstrationen appellieren wir, Öffentlichkeit gegen Rechtsextremisten und Neofaschisten herzustellen und über Lautsprecher und auf Transparenten politische Positionen gegen Neofaschismus, Antisemitismus und Rassismus zu beziehen.

Die Ordner bei Kundgebungen – das trifft auch für DGB Kundgebungen zu – müssen geschult sein über die Erscheinungsformen von Neonazis. Auch dazu bietet die VVN-BdA bundesweit ihre Hilfe an, denn manchmal ist auf den ersten Blick nicht zu erkennen, dass es sich um faschistische reaktionäre Meinungsäußerungen handelt, da die Neofaschisten hier auch geschickter werden.

Wichtig sind Vorgespräche bei Demos mit der Polizei und zu fordern, dass die Polizei hilft, extreme Rechte von der Veranstaltung zu verweisen.

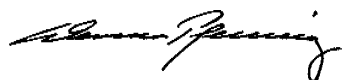
Die Versammlungsleiter und Ordner sollten Neofaschisten, sobald diese auftauchen, öffentlich auffordern die Demonstration zu verlassen. Die Polizei hat die Aufgabe Versammlungen zu schützen.

Es ist unsere gemeinsame Aufgabe, den Sumpf trocken zu legen, in dem die Neofaschisten gedeihen können. Dazu gehört, sie an der Verbreitung ihrer menschenverachtenden rassistischen, antisemitischen, faschistischen Ideologie auf unseren Kundgebungen zu hindern.

Totschweigen oder tolerieren bringt nichts. Wir müssen uns mit den Nazis offensiv auseinandersetzen, und das auf allen Ebenen: in den Betrieben, in der Öffentlichkeit, in Wirtschaft und Politik! Dabei stehen wir an der Seite unserer ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürger, die von den Nazis besonders angegriffen werden. Deutschland ist unsere gemeinsame Heimat und ein Einwanderungsland. In Artikel 1 unserer Verfassung steht nicht: „die Würde des Deutschen ist unantastbar“, sondern „die Würde des Menschen ist unantastbar“. Wir fordern die Politiker aller Parteien und die gesellschaftlichen Gruppen auf, in diesem Sinne tätig zu werden.

Wir wollen eine tolerante und offene Gesellschaft. Aber gegenüber alten und neuen Nazis, die wie schon vor 1933 menschliche Not für ihre schäbige Politik missbrauchen wollen, kann es keine Toleranz geben.

Die VVN-BdA ist Teil eines breiten demokratischen Bündnisses, um zu demokratischen Lebens- und Arbeitsformen zu kommen.



Werner Pfennig
Bundessprecher VVN-BdA